

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

199 (28.8.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abonnementpreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.50 M. Zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. beginnend 5.22 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 1 und 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die Typsetzerei od. deren Raum 25 S., zuzügl. 30 % Textvergrößerung. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 9 vorm. für große Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die Steuerarbeit der Nationalversammlung.

Von Wilhelm Keil.

In nächstem Tempo hat die Nationalversammlung die folgenschweren Verhältnisse, die sich das alte Regime während des Krieges auf dem Gebiete der Steuererhebung hat zu Schulden kommen lassen, nachgeholt, soweit das überhaupt noch möglich ist. Die Unterlassung einer rechtzeitigen wirksamen Besteuerung, die so sehr viel zur Verlängerung des Krieges und zu seinem unglücklichen Ausgange beigetragen hat, läßt sich allerdings nicht mehr gut machen. Aber es mußte verhindert werden, daß noch weitere Monate ins Land gingen, bevor den Besitzenden die Lasten auferlegt wurden, die sie schon viel früher hätten tragen müssen. Es war schon schlimm genug, daß infolge des Widerstandes unabhängiger einzelstaatlicher Finanzminister vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung die rasche Erhebung der Kriegsgewinnsteuer nicht alsbald nach der Umwälzung erfolgte, und daß nach dem Zustandekommen der neuen parlamentarischen Regierung die demokratischen Finanzminister Schäffer und Derrnurg mit den Vorarbeiten für die neuen Einkommensteuern bis in den Juni hinein beschäftigt waren. Man mag über Herrn Erzberger, der am 21. Juni Herrn Derrnurg als Leiter der Reichsfinanzverwaltung folgte, denken wie man will, das Zeugnis wird man ihm nicht verweigern können, daß er sofort mit starker Energie an die Arbeit gegangen ist und in den verflochtenen zwei Monaten einiges geleistet hat. Die zehn Steuerentwürfe, die sein Amtsvorgänger ihm hinterlassen hatte, sind von Erzberger vor dem Parlament verteidigt worden und sind von ihm zur Annahme gelangt. Er selbst hat an neuen Vorlagen noch die Reichsabgabenordnung, die die gesamte Verwaltung der direkten Steuern von den Ländern aufs Reich überträgt, ausgearbeitet. Durch die Klärung der einzelstaatlichen Verhältnisse hindurchgeführt und in ihren grundsätzlichen Beförderungsrichtungen betreffend die Rollen der Nationalversammlung zur Annahme gebracht, so daß sie am 1. Oktober in Kraft treten kann. Sodann hat er ein Gesetz gegen die Kapitalflucht zustande gebracht, das ihn mit weitgehenden Maßbefugnissen ausstattet. Er hat weiter die sehr tiefgreifende Vorlage über das Reichsnotopfer und den Entwurf der Umsatzsteuer eingebracht. Diese beiden Gesetzesentwürfe sind einer ersten Beratung unterzogen und liegen nun bei den Ausschüssen, die sich vom 23. September ihrer Beratung widmen werden. Auch der Entwurf des Reichsnotopfers ist zur ersten Beratung der Reichsabgabenordnung im Ende September im Ausschusse weiterbearbeitet worden. Was darin wird voraussichtlich auch die von Erzberger rasch in Angriff genommene große Reichseinkommensteuervorlage eingebracht werden, an die sich das Gesetz über die Besteuerungsrechte der Länder und Gemeinden anschließt. Dieses letztere Gesetz soll ersichtlich und übersichtlich darstellen, welche Anteile den Ländern und Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer und allen übrigen Reichsteuern zufließen, es wird weiter Grundzüge aufstellen für die Steuergebiete, die den Ländern und Gemeinden künftig nach überlassen bleiben, und es wird wohl auch Bestimmungen treffen über einen Lastenausgleich zwischen Reich und Ländern sowie zwischen Ländern und Gemeinden, wozu gehören wird die Schaffung eines Ausgleichsfonds.

Mit der Aufstellung dieses Planes, zu dessen Durchführung mit der Annahme des konstitutiven Teils der Reichsabgabenordnung der entscheidende Schritt bereits getan ist, wird in wenigen Wochen ein Werk geschaffen, an dessen Verwirklichung man nach vor zwei Monaten kaum ernstlich dachte hat. Wir Sozialdemokraten sind zwar von jeher für eine Reichseinkommensteuer eingetreten, haben in Verbindung damit auch eine einheitliche Verwaltung der einzelstaatlichen Einkommensteuern verlangt, sind aber mit diesen Forderungen jahrzehntelang auf so heftigen Widerstand der Reichs- und der einzelstaatlichen Regierungen gestoßen, daß ihre Verwirklichung völlig aussichtslos zu sein schien. Auch nach der Revolution durfte man angesichts der partikularistischen Strömung, die von der ersten bayerischen Revolutionsregierung unabhängiger Färbung ausgehend die meisten Einzelstaaten erfaßte, auf eine Vereinheitlichung der deutschen Steuererhebung nicht hoffen. Nun kommt sie doch und zwar radikal und mit überragender Schnelligkeit. Es kann gesagt werden, daß seit der Reichsgründung vor 48 Jahren in dem Verhältnis der Einzelstaaten durch die Übernahme der gesamten Steuerverwaltung auf das Reich erheblich gewandelt, und mit der Einführung einer Reichseinkommensteuer, die für Landeseinkommensteuern keinen Raum mehr läßt, besteht die „Steuerhoheit“ der Einzelstaaten in den wesentlichen Punkten. Aber bei den ungeschwerlichen finanzpolitischen Aufgaben, vor die das Reich heute gestellt ist, gab es keinen anderen Ausweg.

Die sieben materiellen Steuerentwürfe, die neben diesem überaus wichtigen Organisationsgesetz angenommen wurden, sind die folgenden:

1. das Erbschaftsteuergesetz,
2. das Gesetz über die Besteuerung des Vermögenszuwachses

3. das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe,
4. das Gesetz über die Grunderwerbsteuer,
5. das Gesetz über die Tabaksteuer,
6. das Gesetz über die Besteuerung der Zündwaren,
7. das Gesetz über die Besteuerung der Spielarten.

Unverändert geblieben sind die Vorlagen betr. die Vergütungssteuer, betr. die Rayonbesteuerung und betr. Erhöhung der Zuckersteuer.

Was die letztere Vorlage betrifft, so hat es die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt, in ihre Beratung einzutreten. Die Vergütungssteuer wird voraussichtlich den Gemeinden überlassen bleiben, denen hätte durch Reichsgesetz Rahmenvorschriften gegeben werden über Art und Höhe dieser Steuern. Das Rayonsteuergesetz ist zurückgestellt, weil zunächst noch weitere Vorarbeiten zu leisten sind.

Die Spielarten- und Zündwarensteuer sind heute von ganz geringfügiger Bedeutung. Die Zeiten sind vorbei, in denen eine Reichstagsmehrheit die Zündhölzer belassen durfte nur zu dem Zweck, die Erbschaftsteuer zu ei lösen zu können. Wie sehr sich gegenüber dem Jahre 1909 die Zeiten verändert haben, das ergibt sich aus der Tatsache, daß gleichzeitig mit der Ausdehnung der Zündhölzersteuer auf die bisher steuerfreien Zündwaren eine Erbschaftsteuer Gesetz wurde, die von dem Kindesterbe bis zu 70 Prozent ansteigen kann. Im übrigen ist auf Betreiben unserer Fraktion in das Gesetz über die Zündwarensteuer die Bestimmung hineingekommen, daß spätestens am 31. März 1921 ein Herstellermonopol für Zündwaren in Kraft tritt.

Auch die Tabaksteuererhöhung erscheint heute in anderem Lichte wie noch vor einigen Jahren. Wir können uns die uneingeschränkte Einfuhr von Luxus- und Genussgegenständen aus dem Auslande bei unserer Volkswirtschaft nicht mehr getrauen. Unsere Zahlungsmittel reichen nicht einmal für die allernotwendigsten Lebensmittel und Rohstoffe. Wer trotzdem Zigaretten rauchen will, muß dem Staate einen Beitrag leisten für die Opfer, die die Zigaretteinfuhr unserer Volkswirtschaft auferlegt. Die Einführung der neuen Zigarettensteuererhöhung ist auch deshalb, daß der Einzelne nach seiner Leistungsfähigkeit getroffen wird. Die billigste Zigarette hat künftig 0,8 S., die teuerste 1,60 M. Steuer zu tragen. Nebenbei ist die Einführung bei der Zigaretten-, der Rauch-, der Kau- und der Schnupftabaksteuer.

Die Grunderwerbsteuer ist nicht Neues. Sie stellt nichts anderes dar, als die Zusammenfassung der bisherigen Stempel für den Grundwerb, der vom Reich, den Staaten und Gemeinden getrennt erhoben wurde. Sie ist allerdings zugleich erhöht worden, denn der neue Reichsteuervertrag beträgt 4 Prozent gegenüber einer bisherigen Belastung, die in den einzelnen Teilen des Reichs zwischen etwa 2 und 3,2 Prozent schwankte.

Die Besteuerung des Vermögenszuwachses erfolgt jeden während der Kriegszeit erzielten Vermögensgewinn. Der Steuerort ist auf das Eingreifen unserer Fraktion verlagert worden. Der höchste Vermögenszuwachs, der nunmehr dem Steuerpflichtigen selbst bei Millionengewinnen vorzuleben kann, beläuft sich auf 170 000 M., während ihm die Regierungsvorlage im äußersten Falle 205 000 M., der Staatenausgleich sogar 420 000 M. belassen wollte.

Die außerordentliche Kriegsabgabe erfolgt das Mehreinkommen, das der Einzelne im Jahr 1918 gegenüber seinem letzten Friedens Einkommen gehabt hat, mit 5 bis 70 Prozent (die Regierungsvorlage ging bis 50 Prozent), und den Mehrgewinn der Gesellschaften im 5. Kriegsjahr mit 40 bis 80 Prozent.

Die Erbschaftsteuer endlich, die erste dauernde Besteuerung des Reichs großen Stils, belastet zunächst den Nachlass als Ganzes mit 1 bis 5 Prozent, und zwar wird der Satz von 5 Prozent bei Nachlässen von 2 Millionen erreicht, und sobald erreicht sie den einzelnen Erbschaft noch einmal mit Steuererträgen von 4 bis 85 Prozent beim ersten und von 15 bis 70 Prozent beim entwerfenden Vermögensverhältnisse. Die Schätzfläche der Regierungsvorlage betrug 20 bis 50 Prozent. Der höchste Steuerertrag tritt hier in Kraft bei Erbschaften von 1 1/2 Millionen. Die Steuer steigt jedoch bis zum doppelten Betrag, wenn schon ein Vermögen vorhanden ist, doch darf sie 90 Prozent des Erbschafts nicht übersteigen. Die Schenkungen werden wie Erbschaften behandelt. Alle Verfügungen sind der Sozialdemokratie zu danken.

Es ist kein Wunder, daß angesichts dieser Steuerentwürfe die Rechte laut aufschrie. So etwas war sie bisher nicht gewohnt. Kann es doch vorkommen, daß ein Mann, der sich am Schluß des Krieges 5 Millionen reich dünkte, nach Erfüllung aller ihm obliegenden Steuerpflichten noch 146 000 M. behält. Das mag sehr kümmerlich sein, gibt aber den Massen der Notleidenden zum Ertrinken keinen Anlaß. Mühen heute 20 Milliarden Steuern mehr zu bezahlen als vor dem Kriege, so mögen die Besitzenden gewilligt in den Beutel greifen, um die Lasten nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu befreien, die sie zum weitestgehenden Teil mit verschuldet haben.

Französische Kammer.

Debatte über den Friedensvertrag.

Paris, 27. Aug. (WB.) Havas. Die Kammer begann gestern die Debatte über den Friedensvertrag. Oberst Alberti erklärte, es sei bedauerlich, daß der Vertrag so viele Lücken aufweise, aber er gebe doch Frankreich Genugtuung und stelle Polen wieder her. Frankreich dürfe ihn gutheißen. Es finde in ihm die hohen und edlen Ueberlieferungen seiner Geschichte niedergelegt. Die durch den Völkerverbund gegebenen Garantien bezeichnete der Redner als ungenügend. Zum französisch-englisch-amerikanischen Sonderabkommen meinte er, daß dieses den Sammelpunkt des künftigen Weltfriedens bedeute. Es müßte aber ergänzt werden durch eine französisch-italienisch-belgische Alliance, damit sich Deutschland nicht mehr einer großen Operationsbasis bedienen könne, um seine räuberischen Pläne auszuführen. Deshalb müßte Deutschland von Truppen des Völkerverbundes besetzt werden. Damit wäre der Weltfriede gesichert.

Gournier bedauerte, daß der Friedensvertrag ein einziges Deutschland anerkenne, das vor dem Kriege alle Völker hinter sich führte. Der Redner verlangte die Einziehung eines internationalen Parlaments, das die Einigkeit unter allen Nationen festzustellen imstande wäre.

Der Abg. de Chappedelaine führte Beschwerde darüber, daß die Entente mit der deutschen Regierung, nicht mit den einzelnen deutschen Staaten, verhandelt habe. Sie habe Deutschland nicht ein Heer von 100 000 Mann, sondern ein Heer von 100 000 Heerführer für die zukünftige Bedange zugestanden. Die Diskussion wurde alsdann vertagt.

Die Senkung der Lebensmittelpreise.

Berlin, 27. Aug. (Privatmeldung.) Wie die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten hören, werden die von der Regierung bewilligten 500 Millionen zur Senkung der Lebensmittelpreise um weitere 50 Millionen erhöht. Diese 50 Millionen sollen vorzugsweise leistungsschwachen Gemeinden zugute kommen, da aus zahlreichen Gemeinden Mitteilungen eingelaufen sind, daß die Senkung der Lebensmittelpreise noch nicht in der gewünschten Weise hat durchgeführt werden können.

Ende des Generalstreiks in Oberschlesien.

WB. Katowitz, 27. August. Die Pressestelle des Staatskommissariats in Katowitz meldet: Der Generalstreik kam so gut wie beendet gellen. Voll arbeiten alle staatlichen Werke und das Abnitzer Revier. Das Zentralrevier arbeitet ebenfalls voll bis auf die Antonienhüttenarbeiten, wo nur 30 bis 40 Prozent arbeiten. Im Messener Revier arbeiten durchschnittlich 40 bis 50 Prozent. Die Arbeitsaufnahme der oberschlesischen gesamten Belegschaften beträgt 95 Prozent.

Ein französischer Panzerkreuzer in Nordschleswig.

Berlin, 27. Aug. Auf Grund der Schritte des dänischen Agators Grau war seinerzeit dänischerseits die Entente um die einstweilige Entsendung eines Kriegsschiffes nach Nordschleswig ersucht worden. Für diesen Besuch wurde von der französischen Regierung der französische Panzerkreuzer „Marcellaise“ bestimmt, der vor kurzer Zeit nach Kopenhagen gekommen war. Trotzdem die deutsche Admiralität auf die am 24. August erfolgte Ankündigung des Besuchs halbwegs geantwortet hatte, daß das Einlaufen des Schiffes durch die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht begründet werde und trotzdem der deutsche Gesandte in Kopenhagen aus rechtlichen Gründen und wegen der Gefahr von Provokationen und Zwischenfällen mehrfach begehrt gegen die Entsendung des Schiffes protestiert hatte, ist die „Marcellaise“ auf Grund der Weisung ihrer Regierung am 25. August ohne Erlaubnis der deutschen Regierung in Apenrabe ein- gelaufen. Während des Besuchs wurde eine Anzahl französischer Offiziere in Uniform zum Besuche des dänischen Volkshauses aufgebeten und an Bord eine Abordnung dänisch gestimmter Bürger empfangen, die für den Besuch der Franzosen ihren Dank ausdrückten. Am 26. August früh ist die „Marcellaise“ nach Kopenhagen weitergefahren, von wo sie nach kurzem Aufenthalt nach Kopenhagen zurückkehren wird.

Die deutsche Marine-Waffenstillstandskommission hat am 26. August bei der alliierten Marine-Waffenstillstandskommission gegen den Besuch des Schiffes Protest eingelegt und seine Zurückziehung verlangt. Es ist dem Takt und der Zurückziehung der deutschen Bevölkerung zu verdanken, daß es bei dem eigenmächtigen Vorgehen des Schiffes nicht zu Zwischenfällen gekommen ist.

Sonderburg, 27. Aug. Der französische Panzerkreuzer „Marcellaise“ traf nach einer Meldung der „Sonderburger Zeitung“ heute vormittag auf der hiesigen Reede ein. Nachdem das Schiff dort einige Stunden kreuzt hatte, lief es unter Rotenführung um 2 Uhr mittags in den Hafen ein. Das Schiff machte als es an der Reede nicht anlegen konnte, vor der Marinestation fest. Es war ohne Anmeldung geschehen, weshalb der wachhabende Offizier der Station sich an Bord des Kreuzers begab, um im Namen des Reichs nachdrücklich Protest gegen die widerrechtliche Benutzung von Reichsanlagen durch Ententschiffe einzulegen. Darauf antwortete der französische Kommandant der „Marcellaise“, das Einlaufen des Kreuzers und die Benutzung der Marineanlagen seien auf die Aufforderung des dänischen Empfangskomitees geschehen. Auf den Hinweis, daß die deutsche Admiralität das Gesuch des Schiffes wegen Anlaufens der nordschleswigischen Küste überhaupt nicht genehmigt habe, antwortete der Kommandant, er handle im Auftrag seiner Regierung und der internationalen Kommission in Kopenhagen.

Angeht die Frage kann nicht oft genug hingewiesen werden, daß der Regierung alle Maßnahmen, die eventuell zur Befreiung unserer Gefangenen in Anwendung kommen können, fehlen. Außerdem ist die Entente formell völlig in ihrem Recht, denn der Friedensvertrag bestimmt, daß die Gefangenen sofort nach Inkrafttreten des Vertrages freigegeben werden sollen. Der Friedensvertrag tritt aber erst dann in Kraft, wenn er von drei Entente-Mächten ratifiziert worden ist, das ist bis heute noch nicht geschehen und wird voraussichtlich vor Mitte September nicht der Fall sein. Bis dahin kann also auf eine Heimführung unserer Kriegsgefangenen nicht gerechnet werden.

So schmerzhaft diese Tatsache nicht nur für die Angehörigen der Gefangenen, sondern für das ganze Volk, insbesondere für die verantwortlichen Männer ist, so muß doch mit aller Energie gegen diese Sache gegen die Regierung Front gemacht werden. Jeder weiß, daß die Regierung alles tut, und auch in Zukunft alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um endlich unsere unglücklichen Landsleute in die Heimat zurückzuführen zu lassen.

Badische Politik.

Württemberg-Baden. In einer Verammlung des Deutschen Demokratischen Vereins in Freiburg sprach der Abgeordnete der Nationalversammlung, Professor v. Schückeborn über die Bildung eines süddeutschen Einheitsstaates in Württemberg. Er bezeichnete die Verschmelzung von Baden und Württemberg als im höchsten Grade wünschenswert, unter Hinweis auf die kulturellen Vorteile. Die einheitliche Ausnutzung der Wasserkräfte der Werra, der Ausbau der Eisenbahn, die Zukunft des Rastatter Hofes u. die Behebung der Donauüberflutung ständen heute an erster Stelle. Ueber die gemeinsame Hauptstadt werde sich eine befriedigende Lösung finden lassen. Wir werden, wenn Stuttgart dazu ansetzt, Teile der beiderseitigen Organe in Karlsruhe beiseite lassen können. Es könne auch damit gerechnet werden, daß vorübergehend ein gemeinsames Großstadtkomitee anstelle der beiden Städte werde.

Das kommunale Blättern in Mannheim bringt in seinem Heftchen einen Aufsatz über den Wahlsinn des Worts im Krieg. Wir freuen vor Schmerz, wenn unser Sohn fällt. Solange wir aber nicht eben so vor Schmerz schreien, wenn ein Franzose fällt, lieben wir nicht. Solange wir nicht fühlen: ein Mensch, der uns nichts getan hat, fiel und starb, solange sind wir Wahnsinnige! Man braucht nur zu lieben, dann fällt kein Schuß mehr, dann ist der Friede da.

Unmittelbar hinter diesen menschenfreundlichen Betrachtungen finden wir ein Gedicht „Demonstration“, in dem es heißt: „Arbeitsnachweise! Wendet euch von jedem Fronen. Laßt zusammen. Mit dem Hammer. Mit der Schaufel. Hoch die Sense. Hoch die Ähre. Nach der Fährne! Not entrollt. Heberrenne. Heberrenne. Bürgergilde. Gebildeten. Nachherwürger. Vredemörder. Rader, nieder, nieder. Gendarmen. Herren, Geden, Kavalier. Kerkergeister. Kauten. Ketten. Nieder, nieder. Trennungsgesellen euren Wust.“

Die Bedingt der Liebe gegen die Franzosen und die Aufregung zum Klassenkampf und Aufforderung zum Totschlag an deutschen Volksgenossen passen im Heftchen der Mannheimer Notens Wetterjahre wunderbar zusammen.

Gebung der Gewerkschaften und „Karlsruher Tageblatt“. In einem mit „Gebung der Gewerkschaften“ überschriebenen Artikel will das „Karlsruher Tageblatt“ — wie es angibt — dem Versuch begegnen, Erörterungen über Gewerkschaftsangelegenheiten „auf ein falsches Gleis zu schieben“. Am darzutun, wo der Scheitler steht, erinnern wir daran, daß in unserem ersten Artikel vom 4. August davon ausgegangen wurde, daß die Wichtigkeit des pädagogischen Moments in der Fachschulung unter dem Gesichtspunkt der Gewerkschaften unter das Unterrichtsministerium. Als Beispiele, wie vom Personalreferenten dieses Moments in der Praxis beachtet wird, führen wir die Verwendung eines Architekturstudiums und eines Malergesellen an. Wir kamen des weitern auf den Gewerkschaftsmangel zu sprechen, was an gewisser Stelle allein schon genügt, um als „gehässig“ zu erscheinen und erlauben uns schließlich die bescheidene Anfrage, ob ein derartiges heimatlich wahlloses Vorkommen gegen die Kinder an den „Hörsen“ Lehrgangsklassen auch möglich wäre.

Was macht man das „Tageblatt“? Ueber den Architekturstudium schweigt es sich aus, am Malergesellen und an den Zustand der Red. Kammer ist sich Kampfschaft an weil 1. zufälligerweise der verlebene Genosse Kolb früher auch einmal Malergeselle war und 2. der Satz: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ auf die Gymnasialschulen angewendet recht unangenehm klingt. Den Kern der Sache, die Wichtigkeit des pädagogischen Moments in der Fachschulung, hat es aber — abgesehen von unangenehmlich, das mag dahingestellt bleiben — damit auf ein falsches Gleis verschoben!

Mit seinen neuesten Ausführungen hat es nun ganz ungewöhnliches Recht. Woher weiß es denn, daß es sich um einen „herzogen“ tüchtigen Malergesellen handelt, und woher, daß er als Fachlehrer — wohlverstanden: als Fachlehrer! — Verwendung findet? Der Meisterbrief schließt das epiteton ornans „herzogen“ sicher nicht. Von einer Verwendung als Fachlehrer kann keine Rede sein; Fachlehrer waren ursprünglich Werkstattelehrer. Sie wurden aber mehr und mehr allgemein verwendet, weil der von der Regierung immer in Abrede gestellte Gewerkschaftsmangel manchen Schulvorstand dem es am nötigen Rückgrat fehlte, dazu verleitet, sie auch in allgemein bildenden Schulen „machen“ zu lassen. Der Fachlehrer des „Tageblatts“ hat nämlich von Ende 1916 bis Anfang 1919 nicht nur „jeden die Gewerkschaften besuchenden Berufsgenossen“ Fachunterricht erteilt, sondern er wurde auch in den allgemein bildenden Schulen in ersten und zweiten Klassen auf folgende Berufe losgelassen: Schuster, Schneider, Sattler, Tapeziere, Bäcker, Metzger, Gärtner, Wagner, Installateur, Kupfermeister, Bauhilfsarbeiter, Tischler und Wagenmacher, Mechaniker, Maschinenführer u. a. l. — Zu solcherlei „Tageblatt“-Fachlehrern ist doch wohl kein Kommentar mehr nötig?

Zu dem allgemein bildenden Fachern — das wollen wir dem „Tageblatt“ auch noch — aber wenig vertraulich mitteilen — gehören auch Kassenberechnung, Wirtschaftskunde, Buchführung u. a. gegen deren Erteilung durch Fachlehrer der Hg. Weidemann im Januar 1914 schon Front machte. Derselbe Herr führte aus: „Dem Fachlehrer mangelt jede methodische und didaktische Ausbildung“. Und der Herr Ministerialrat Dr. Schmeider verurteilte die sensationelle Nachricht: „Wenn der Fall vorkommt, daß an Gewerkschaften Fachlehrer den ganzen Unterricht erteilen, so ist dies, wie mir der schuletechnische Referent mitteilt, auf Entlassungsfälle zurückzuführen und es soll das nur ein vorübergehender Zustand sein.“ — In unserem Fall läuft dieser „vorübergehende Zustand“ jetzt im dritten Jahr und bekommt damit doch so langsam den Charakter einer „chronischen Erkrankung“.

Es erinnert an Zerianerampfsweise, wenn das „Tageblatt“ erklärt, daß ein Malergeselle doch nicht als Lehrer für Griechisch verwendet werden könne. Nein, das kann er nicht. Mit dieser Auszeichnung gibt es sich aber auch das letzte Recht auf Anspruch, für objektiv gehalten zu werden. Warum soll der Malergeselle denn ausgerechnet Griechisch geben, warum nicht Französisch, denn das doch in sein „Fach“ einschlägt? Wir fragen, wenn der

Satz: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ für die Gewerkschaften gelten soll, warum nimmt man denn dann nicht einen „herzogen“ tüchtigen Turner, von denen wir in Baden ja recht viele haben, als Turnlehrer an einer „gelehrten Mittelschule“? Warum nicht einen perfekt französisch und englisch sprechenden und korrespondierenden Kaufmann als Lehrer in diesen Sprachen an den Mittelschulen? — Antwort: Weil die von „engbrüstem Standesdünkel Befangenen“ vom Schlag des „Tageblatts“ und seiner Hintermänner diesen „Fachlehrern“ unüberwindliche Schwierigkeiten dabei in den Weg legen würden!

Aus der Partei.

Badischer Parteitag. An die Delegierten des Badischen Parteitages ergeht hiermit die dringende Aufforderung, sofern sie auf Nachbarn und Berpflegung reflektieren, sich umgehend an den Genossen Franz Weiler in Karlsruhe, Müppelstraße 22, III., wenden zu wollen. Diejenigen Delegierten, die schon im Laufe des Parteitages, den 5. September, hier eintreffen, erhalten ihre Quartierforten in der Bahnhofstrasse 2. Klasse hier. Diejenigen, die am Freitag mit den Nachzüglingen eintreffen, erhalten sie im Parteitagshotel „Eintracht“ Samstag vorm. von 9—10 Uhr ausgeschrieben. Wir bitten dringend, Vorstehendes genau beachten zu wollen, andernfalls wir keine Verantwortung übernehmen können.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Karlsruhe.
H. A. Göttsch Schwerdt, Müppelstraße 76.

Gewerkschaftliches.

Ostpreussisches aus Baden. Man schreibt uns: In Nr. 192 des „Volkstums“ werden die Forderungen auf dem Gute Treschklingen und die „Tüchtigkeit“ des dortigen Verwalters vorder besprochen. Auch in nächster Nähe von Karlsruhe befindet sich eine solche „ostpreussische Siedlung“. Die Firma Gdar u. Sege, Saatgutwirtschaft Hohenwetterbach, läßt in Karlsruhe ebenfalls nicht mit sich reden. Schon monatelang versucht hier der Landarbeiterverband zu einem Tarifabschluß zu kommen, doch immer vergebens. Ein großer Teil der Schuld muß aber hier ohne Zweifel den Landarbeitern selbst zugeschrieben werden, die sich trotz der Haltung der Firma dazu ergeben, durch Akkordarbeit und verlängerte Arbeitszeit die Ernte des Gutes unter Dach zu bringen und die dringendsten Arbeiten zu erledigen. Hier wäre der Punkt gewesen, wo die Arbeiter ihren Forderungen Nachdruck verliehen könnten. Wenn die Hauptarbeit geschafft ist, wird der Starkeinn der Firma noch mehr steigen.

Bekanntlich aber die auf dem Gute beschäftigten Gärtner erfreuen sich der Aufmerksamkeit der Firma. Im Frühjahr zahlte man den Gärtnern ein Monatsgehalt von 50 Mk. bei Kost und Wohnung und 10tägiger Arbeitszeit. Durch das Eingreifen des Gärtnerverbandes gelang es, die Löhne auf 80 Mk. und 120 Mk. zu bringen. Am 1. Juli trat ein tariflicher Teuerungszuschlag von 25 Proz. in Kraft. Herr Sege erklärte, lieber die Gärtnere zu entlassen, als die Zulage zu bezahlen. Schließlich erkannte die Firma, daß hier der Demobilisierungszuschlag ein Wort miteinreden würde. Herr Gdar sagte dann persönlich die Weiterbeschäftigung zu und stellte die Zulage in Aussicht. Er hatte aber die Rechnung ohne seinen Inpforter gemacht, der behauptet, die Teuerungszulage stehe „uns“ zu, da „wir“ die Leute beschäftigen. Man gab also seine Zulage auf und wies durch ein Nebenamtlich nach, daß die Gärtnere über den Tarif verdienen: man rechnet in Hohenwetterbach für die Wohnung und Beköstigung der Leute einfach glatte 7 — sieben — Mark pro Tag. Auf der andern Seite aber zahlt man einem verheirateten Gärtner mit Frau und Kind ohne Kost ein Monatsgehalt von 216 Mk. bei freier Wohnung. Hier hat also die ganze Familie für Kost und Kleidung nur 7 Mk. pro Tag.

Es müssen nicht immer „politische Gruppen“ hinter den Landarbeiterstreik stehen, wie von gewisser Seite so gern behauptet wird. Bei solcher Bezahlung und solcher Behandlung ist eine „politische Gruppe“ wahrscheinlich nicht nötig; da geben den unterdrückten und ausgebeuteten Arbeitern die Augen von ganz allein auf.

Soziale Rundschau.

Krankentagesungen. Auf Einladung des Süddeutschen Betriebskrankentagesungen (Süd-Nürnberg) versammelten sich in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Assistentenstandes GbH (Betriebskrankentagesungen Süd u. Nord) die Krankentagesungen von 30 Betriebskrankentagesungen des Oberverwaltungsamtsbezirks Karlsruhe, um zu einer Reihe praktischer Verwaltungssachen Stellung zu nehmen. An der mehrstündigen Tagung nahmen auch Vertreter aus dem Kreise der Vertriehten teil. Es wurde u. a. die Schaffung gemeinsamer Bezirkskontrollen für die Betriebskrankentagesungen beschlossen. Die nächste Versammlung findet im Oktober in Baden-Baden statt. Für die Bezirke der Oberverwaltungsämter Konstanz und Freiburg ist eine Gesundheitsführerversammlung der Betriebskrankentagesungen für Montag den 1. September nach Freiburg einberufen.

Die Arbeitsgemeinschaft badischer Krankentagesungen (Vorort Emmendingen) hielt schon unter dem Vorsitz des Fabrikdirektors W. Baumgarten-Emmendingen eine Vertreterversammlung ab, in welcher für die neuen Arbeitsverträge, Einführung einer amtlichen ärztlichen Gesundheitskontrolle, sowie Erweiterung der amtlichen Handverkaufsstellen die anzustrebenden Maßnahmen beraten wurden. Bei der Monopolisierung von Apotheken durch die Gemeinden werden für die Krankentagesungen ebenfalls Monopolrechte gefordert und an die Landesversicherungsanstalt Baden wurde im Interesse der Versicherten der Antrag auf Erhöhung der bisherigen Zulagen für häusliche Pflege gestellt. Für die Versorgung der Geisäfte der Anwaltschaft durch die Krankentagesungen werden höhere Vergütungssätze insbesondere aber die Gewährung solcher Vergütungen auch an die Betriebskrankentagesungen gefordert. Ein entsprechender Antrag soll durch Vermittlung der badischen Handelskammern bei Regierung und Landesversicherungsanstalt gestellt werden. Für die Ausstellung und den Inhalt der Leistungsarten sollen die Gemeinden zur Gewährung entsprechender Vergütungen verpflichtet werden.

5. Durmersheim, 25. Aug. Am letzten Sonntag veranstaltete die vor kurzem gegründete Ortsgruppe des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte usw. eine Werberversammlung im „Lamm“, die besonders auch aus den umliegenden Dörfern Eichenheim, Wümmersheim und Au a. N. recht zahlreich besucht war und einen erfolgreichen Verlauf nahm. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe, August Schopp, referierte Kamerad Gerner aus Karlsruhe über die Aufgaben und Ziele des Reichsbundes. Der Reichsbund habe schon manchen Erfolg errungen, aber angeichts der bevorstehenden Neuorganisation des Mannschaftenversicherungsgesetzes stehe er vor ganz außerordentlichen Aufgaben. Anlässlich stünde der Reiner die Einzelforderungen, die bei der Umgestaltung berücksichtigt werden müßten. (Keine Stellungnahme der Reiner nach Dienstgraden, kein Unterschied zwischen Kriegs- und Friedensdienstbeschädigten, Wundrenten mit entsprechenden Zulagen, Verteilungszulage

für alle Verwundeten, keine irgendwelche Bevorzugung der Kriegskapitulanten, unterrichtliche Versorgung von Berufsbeschädigten Kriegsbeschädigten usw.) Und besonders betonte er die Aufgaben und Pflichten der Gemeinden und Privatbetriebe in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. In der anschließenden Diskussion kamen besonders dringende Spezialfälle zur Besprechung, und es zeigte sich, daß mancherlei Steine den Weg für den Kampf der Kriegsbeschädigten in den Weg geworfen werden, wenn auch bisweilen die schweren von den örtlichen Behörden selbst weniger als weiter „oben“. Ueber 100 Mitglieder traten der neu gegründeten Ortsgruppe bei.

Kommunalpolitik.

Hauptversammlung des Verbandes badischer Land- und kleiner Stadtgemeinden. Unter Leitung seines Vorsitzenden, des Bürgermeisters Hambrecht von Sandhausen hielt in Offenburg der Verband bad. Land- und kleiner Stadtgemeinden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Regierung war durch den Amtsvorstand Geh. Reg.-Rat Steiner, die Stadtverwaltung durch Stadtrat Monjé vertreten. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht gehören dem Verband etwa 1200 Bürgermeister als Mitglieder an. Der Verband hat auch im abgelaufenen Jahr eine sehr rege Tätigkeit entfaltet.

Im Verlaufe der Beratungen wurde bei der Besprechung der Zwangsverwaltung deren halbmonatlicher Abbau gefordert. Die Bürgermeister verlangen ferner, daß sie künftig allein die Wahl schein ausstellen dürfen, von denen dem Bez.-Amt zur Kontrolle eine weitere Fertigung zugustellen wäre. Ueber die Organisationsfragen berichtete der Verbandsleiter des Landesverbandes, Herr Dr. Oberstadtratsrat Weiler aus Karlsruhe. Die vor zwei Monaten erfolgte vorläufige Gründung des Zentralverbandes der Gemeindebeamten wurde einstimmig gutgeheißen, ebenso auch die Aufgaben des Zentralverbandes, die hauptsächlich in der Schaffung von Ausbildungsgelegenheiten der Mitglieder, sowie in der Hebung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, ferner in der Errichtung einer Gemeindebeamtenkammer, der Schaffung eines Gemeindebeamtenrates und von Bezirksausschüssen besteht. Es wurde betont, daß der Zentralverband der Gemeindebeamten, dem die städt. und ländlichen Gemeindebeamten angehören, die beste Gelegenheit bietet, die Wahrung der Gegenseite zwischen Stadt und Land herbeizuführen.

Nach Beratung innerer Angelegenheiten, sowie Besprechung der Sänglingsfürsorge, des Heimstättenwesens usw. wurde einem Antrag Weiler zugestimmt, durch Festsetzung einer Stundenvergütung und Feststellung der von jedem Gemeindebeamten durchschnittlich zu leistenden Jahresstunden durch Bezirksausschüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine gemeinsame Regelung herbeizuführen. Schließlich wurde auch die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung künftig keine Maßnahmen in irgendwelchen Gemeinangelegenheiten trifft, ohne zuvor die Gemeindebeamtenbeteiligungen gehört zu haben. Insbesondere wird die Erwartung ausgesprochen, vor der Beschlußfassung über die neue Gemeindeordnung, die Vertretungen der Gemeindebeamten zu hören.

Eine Protestversammlung in Zell a. S.

Zell a. S., 23. Aug. Die freien Gewerkschaften und die beiden sozialdemokratischen Parteien hatten auf heute abend eine Protestversammlung im „Badischen Hof“ einberufen. Die Versammlung war ausgezeichnet besucht. Der Protest richtete sich gegen die ungenügende und stiefmütterliche Belieferung der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die Reden Referenten Gen. Vecherer (Rebelschiff) und Vah (U.S.P.) beide von Offenburg schilderten in großen Zügen die Ursachen unserer heutigen Lebensmittelsknappheit und geißelten in scharfen Worten die Ohnmacht der Behörden gegenüber den bestehenden Mißständen. Auf der einen Seite das prozotierende Wohlleben gewisser Kreise und die Schlemmerei von Kurgästen und Kriegsgewinnler, auf der andern Seite die darbennde und hungernde werktätige Bevölkerung. Statt diese wirtschaftlichen unsozialen Gegensätze auszugleichen, geht alles seinen alten Schlenndrian weiter und die Geduld der Arbeiterschaft wird zum äußersten getrieben. Verständnislosigkeit und Mangel an sozialem Empfinden sind die Hauptgründe der Unfähigkeit in dieser Richtung.

Wie üblich fehlte in dieser Protestversammlung das bessere Publikum, das ja auch keinen Grund zum protestieren hat, denn diesen Derraffen geht es ja nicht schlecht. Auch kein Vertreter der Stadt, der über manche Beschwerde hätte Auskunft geben können war anwesend. Vertreter des Kommunalverbandes Offenburg und einige Vertreter des Bezirksamts waren wohl im Orte anwesend, sie zogen es jedoch vor, sich bei einem guten Glas Wein und Rauch zu laben, anstatt einmal die Klagen der notleidenden Bevölkerung anzuhören, und Rede und Antwort zu stehen. Die öffentlichen Anschläge an den Plakatsäulen geben ihnen genügend Kenntnis, um was es sich handelt. Jedoch ohne besondere Einladung lassen sich diese Herren auf nichts ein, es sei denn, daß man sie gegen ihren Willen herbeizitiert, dann ist natürlich großes Geschrei und Getöse.

Ein recht trübes und trauriges Bild entrollte sich in der Versammlung in der Versorgungsfrage. Die Kartoffeln aus alter Ernte sind verbraucht; Frühkartoffeln oder Ersatz dafür wird nur spärlich geliefert. Obwohl bekannt gegeben wurde, daß die Bevölkerung viermal mit Auslandsmehl versorgt werden sollte, war dies nur einmal der Fall. Wenn Mehl überhaupt auszugeben wird, so ist dasselbe gewöhnlich schlecht und nicht verwendbar. Eher läßt man es in den Lagerräumen verderben, anstatt der darbennden Bevölkerung rechtzeitig zuzuführen. Nur unter dem Druck der in jüngster Zeit an verschiedenen Orten stattgefundenen Protestversammlungen bequimte man sich, die aufgespeicherten Lebensmittel auszugeben. Das Brot wurde als schlecht u. vielfach ungenießbar bezeichnet. Die Eierversorgung ist die denkbar schlechteste. Trotz 700 Hühner in der kleinen Gemeinde ist fast kein Ei erhältlich, höchstens zu Ruderverpreisen. Auch über die Fettversorgung wurden ernste Klagen geführt. Als gerade handbals wurde hervorgehoben, daß man Fett (Schmalz), das der Bevölkerung hätte zu gut kommen sollen, an Selbstverkäufer ausgeben hat. Auch über die Fleischversorgung wurde geklagt. Die Bevölkerung erhält nur selten und wenig Fleisch, während man in den Wirtschaften jaldes flets zu teurem Preis haben und auch hinterher zu Wucherpreisen von 5—6 Mk. erhält. Auch die Gemüseversorgung wurde angeklagt. Man bekam aus dem Vorgebrachten den Eindruck, daß man in Zell a. S. und Unterarmersbach mit seiner reichen produktiven Landwirtschaft nichts übrig hat für die wertvolle Bevölkerung, desto mehr für die bessern Lände, Kurgäste, Kriegsgewinnler und Kammerer. Auch die Wohnungsfrage wurde erörtert und die laze Behandlung der Mieterverbände namentlich hinsichtlich der Nationalierung der großen Wohnungen bemängelt. Ferner wurde gerügt, daß der vor Monaten beschlossene und auf dem Rat uje verwirklichte Schnaps nicht für die Bevölkerung freigegeben u. d. Die Versorgungsfrage der Kriegsinvaliden bei der Gemeinde stöße auf hartnäckigen Widerstand. Während noch städt. Beamtenräte auf dem Rathaus Beschäftigung finden, weit man befähigte Kriegsinvaliden ab; das ist der Dank der Heimat! Um all den Uebelständen abzuwehren wurde eine Gledrige Kommission gebildet, darunter drei Frauen, die sich mit der eingehenden Prüfung der Lebensmittelversorgung zu befassen hat. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig eine Protestentscheidung an, die die Forderung auf eine bessere Lebensmittelversorgung der wertvollen Bevölkerung erhebt, ferner

Um die Oberbürgermeisterstelle. Wie berichtet wird, befindet sich unter den 11 Bewerbern für den hiesigen Oberbürgermeisterposten kein einziger in der hiesigen Gemeinde- oder Staatsverwaltung tätiger Beamter, sondern nur einige frühere leitende Kreisbeamte, ferner Kaufleute und ein Hauptmann a. D. Auch eine Kombination wird folgerichtig, daß man die Stelle dem früheren Finanzminister Dr. Rheinboldt antragen will.

Wirtschaftskontrollen. Von zuständiger Stelle wird gefordert: Die Frage der Fleischversorgung ist wiederum äußerst kritisch; in den meisten Bezirken kann den Versorgungsstellen nur noch wenig oder gar kein Fleisch zugeführt werden. Während so in den Haushaltungen der größte Fleischmangel herrscht, gibt es in den Wirtschaften fast allgemein Fleischworte in reicher Auswahl. Die Vorschriften über die Beschränkung der Speiseforten werden kaum beachtet; die dem Geist zu einer Maßigkeit überreichten Fleischportionen sind oft größer, wie die vom Kommunalverband auf den Kopf des Versorgungsberechtigten für eine ganze Woche ausgegebene Fleischmenge. Fleischmarken werden in den letzten Fällen verlangt. Dazu kommt aus den meisten Grenzgebieten die Nachricht, daß die Versorgung über alles Lob erhaben sei und namentlich Fleisch mehr geboten werde, als von den Vätern gegessen werden kann. Diese Zustände führen zu immer heftigeren Beschwerden und Drohungen aus den Kreisen, die sich ein Essen in der Wirtschaft oder einen Erholungsurlaub in der Sommerfrische nicht leisten können. Das Landespreiskomitee wurde nun angewiesen, auf neue Wirtschaftskontrollen vorzugehen. Es liegt deshalb im eigenen Interesse der Wirte, sich streng an die gegebenen Vorschriften zu halten.

Kein Sedantummel mehr! Der preussische Minister des Innern hat verfügt: Doch am Gebäudestütz der Schlacht von Sedan die öffentlichen Gebäude besetzt werden, entspricht nicht mehr den Verhältnissen. Unter Volk soll in der Zeit höchsten Unglücks sich durch demonstrative Erinnerung an frühere Siege nicht darüber hinwegtäuschen, daß kein Fortschritt und Streben einer neuen Zukunft gewährt sein muß. Das Aufziehen von Flaggen auf den öffentlichen Gebäuden würde Stoff zu Konflikten geben. Weite Kreise würden darin eine Demonstration für den verfallenen Verfassungsstand sehen und am Willen der Regierung zu einer neuen Politik zweifeln. Es ist deshalb bei den dem Ministerium des Innern unterstehenden öffentlichen Gebäuden am Sedantage vom Aufziehen von Fahnen Abstand zu nehmen. — Sehr vernünftig! Ein gleiches sollte auch für Boden bezordnet werden, wenigstens annehmen ist, daß das Volk von der alten Surrealistik vorläufig furiert ist.

Von der Technischen Hochschule Karlsruhe ist dem Geheimen Regierungsrat Hugo Hartung, Professor der Architektur an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen als Lehrer und Forscher auf dem Gebiete der Baukunst die Würde eines Doktor-Ingenieurs verliehen worden.

Vorsicht bei Erbsen! In vielen Kolonialwaren- und Delikatessengeschäften wird zurzeit Wurst verschiedener Art zu hohen Preisen verkauft. Eine Untersuchung dieser Waren ergab, daß sie häufig aus minderwertigen, gesundheitlich nicht einwandfreiem Fleisch bestehen. Bekanntlich ist die Herstellung von Dauerwurst aus Schweine-, Rind- und Pferdefleisch verboten. Nun stellen verschiedene außerordentliche Firmen Wurstwaren her aus Kaninchen-, Ziegen- und Hühnerfleisch sowie von Wild und werden bei uns zu Preisen verkauft, die zu ihrem wahren Wert in gar keinem Verhältnis stehen. Das Fleisch, welches zu dieser Wurst verwendet wird und die unter den verschiedensten Benennungen in den Handel kommt, unterliegt in den wenigsten Fällen der Fleischuntersuchungskontrolle. Es muß daher vor dem Kauf gewarnt werden. Die nicht beguteten Verkäufer aber sollten sich mit dem Vertrieb dieser minderwertigen Erzeugnisse nicht befassen, da sie bei Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen Schäden leiden.

Versammlung der Ausbissangehörigen. Am Mittwoch den 20. d. Mts. fand im „Löwenstern“ eine Versammlung der ausbissangehörigen Angehörigen der hiesigen, hiesigen und militärischen Dienststellen statt. Dieselbe war sehr stark besucht und wurde u. a. vom Referent Koll. Kiefer vom Zentralverband in kurzen Grundzügen nahegelegt wie sehr die Einheitswirtschaft während des Krieges eingetrifft und zum großen Teil heute

noch keine Besserung erfahren hat. Es wäre an der Zeit, diejenigen Beamtenämter aus solchen Bezirken und Dienststellen zu entfernen, die auf eigentlichen Erwerb nicht angewiesen sind und die sich während des Krieges nur die günstige Gelegenheit zu eigen machten, etwas Geld zu verdienen. Ferner auch solche Herren, die vor dem Krieges einem Verdienst oder Handwerk nachgingen. Diese könnten ganz gut wieder zu ihrem früheren Berufe zurückkehren. Für Säuer-Kriegsbeschädigte könnte eine Ausnahme gemacht werden. Eine Reihe von Haus aus gut gestellten Beamtenämter sollte 1 oder 2 Jahre freiwillig zurücktreten zu gunsten derer, die auf Verdienst unbedingt angewiesen sind und beim Militär waren und ihren Beruf auch 4-5 Jahre an den Nagel hängen mußten. Bezüglich der Wünsche der Kriegskapitulanten erklärte Koll. Kiefer, daß dieselben absolut keinen Anspruch auf eine Sonderstellung haben und sich dem ganzen Unterordnen sollten. Die überlebend größte Teil dieser Herren stammt vom Lande und sollte dahin zurückkehren, zumal es z. B. dort sehr an Arbeitskräften mangelt. Es darf nicht zugelassen werden, daß Kriegskapitulanten ebenso auch andere sich in die Büros einschleichen. Auffallend ist auch, daß gerade hier in Baden solche Stellen fast von preussischen Militäramtweitem besetzt sind. Eine solche einseitige Bevorzugung preussischer Militäramtweitem ist nicht zuzulassen. Ebenfalls die Einräumung von Sonderrechten für Offiziere. Im allen diesen Fragen gerade zu werden, sollte der Referent vor, eine gemeinsame Kommission aus Vertretern der Organisationen zu bilden, die sich ausschließlich mit diesen Fragen beschäftigen.

In der Diskussion gab Herr Hauptmann Fischer vom General-Kommando bekannt, daß die aufgeworfenen Fragen Berücksichtigung finden sollen und beim General-Kommando schon ein Ausmaß im Entschieden begriffen ist. Herr Kollat Krug sagte ebenfalls zu, daß den Wünschen in weitestem Maße Rechnung getragen werden sollte. Hierauf wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute überaus zahlreiche besuchte Versammlung verlangt, 1. Innerhalb 8 Tagen muß ein Abtauschklub gebildet werden, der mit der Durchführung des notwendig werdenden Abbaus betraut wird. In den Abbaubehörden müssen Vertreter der hiesigen Angehörigen-Verbände vertreten sein. 2. Alle bereits ausgesprochenen Klagen sind zurückzunehmen, bis dieselben vom Abbaus-Klub geprüft sind. 3. Die nicht kriegsbeschädigten Kriegskapitulanten sind nicht zu den Kapitulant zu rechnen.

Verkaufungen. Ein Kaufmann aus Varnhald verkaufte an eine Firma in Steidling für 20000 M. Pistolen, fanbe aber statt der Pistolen eine mit Holzvolle gefüllte Kiste ab und bezog die Firma um den Kaufpreis. Der Täter wurde hier verhaftet. Ferner wurden festgenommen: Ein Magaziner aus Pflaum und ein Möbelpader aus Eßlingen wegen Diebstahls eines Autos ein Schlosser aus Ruppert, welcher einem Büdiener 2000 M. aushändigte und ihn veranlaßte, für diesen Betrag Salvarian zu hehlen, sowie ein Kaufmann aus Stein, der seinem Werkgeher hier Waren im Werte von 1800 M. entwendete. Die Waren konnten wieder beigebracht werden.

Letzte Nachrichten. Die Folgen der Zersplitterung.

Die Landesausschuwahlen für die Provinz Lübeck ergaben folgendes Ergebnis: Mehrheitspartei demokratische 6002 Stimmen (11 Sitze), U.S.P. 564 Stimmen (1 Sitz), Deutsche Volkspartei 4500 Stimmen (8 Sitze), Demokraten 3691 Stimmen (6 Sitze), Deutsche Volkspartei 548 Stimmen (— Sitz).

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielten Stimmen: Sozialdemokratie 10569, U.S.P. 144, Demokraten 5268, Deutschnationale Volkspartei 4424, Deutsche Volkspartei 270.

Die Wahlen ergaben einen Aus nach rechts. Die Wahlbeteiligung ließ sehr zu wünschen übrig. Sie blieb um 40 Prozent hinter der Nationalversammlung zurück. Auch dieses Wahlergebnis ist ein Erfolg der Unmöglichkeit der sozialistischen Arbeiter. Die lachenden Dritten sind natürlich die bürgerlichen Parteien.

Ein neuer Krieg in Sicht?

Amsterdam, 27. Aug. Der „New York Sun“ meldet aus Washington, daß die Pläne für eine Intervention der Vereinigten Staaten zu Wasser und zu Lande in Mexiko fertiggestellt sind. Das Blatt hat diese Nachricht aus bester Quelle erhalten und fügt hinzu: Die nächsten Ereignisse müßten wohl oder übel als unabweislich angesehen werden. Zu-

nächst müßten die Vereinigten Staaten in Mexiko intervenieren und die mexikanischen Angelegenheiten ebenso vollständig übernehmen, wie z. B. die japanischen. Als Hauptgrund für die Besetzung Mexikos durch die Amerikaner gibt das Blatt den vollständigen Verfall Mexikos an.

Amerikanische Verbesserungsanträge zum Friedensvertrag.

WTB, Washington, 28. Aug. Reuter. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat mit 9 gegen 7 Stimmen einen Verbesserungsantrag zum Friedensvertrag angenommen, nach dem sich die Vereinigten Staaten an der internationalen Kommission für die Festlegung der Grenze zwischen Belgien und Deutschland nicht beteiligen sollen. Der Ausschuß war bei der Abstimmung entsprechend der Haltung der in ihm vertretenen Parteien geteilt. Der Ausschuß hat ferner eine Reihe von Verbesserungsanträgen angenommen, durch die die Vereinigten Staaten von der Vertretung in anderen Kommissionen ausgeschlossen werden, da andernfalls zahlreiche Verhandlungen des Friedensvertrags notwendig werden würden. Der Ausschuß für Wiedergutmachung wurde indessen hiervon ausgeschlossen.

Die Hinterlassenschaft Carnegies. „Corriere della Sera“ meldet: Carnegie hat ein Vermögen von 250 Millionen hinterlassen. Als er sich 1901 von den Geschäften zurückzog, hat er 3 1/2 Milliarden besessen.

Bern, 26. August. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement hat in der Presse bekannt gegeben, daß die Vorschläge der Schulinduzierten betr. Preisabbau als ungenügend bezeichnet werden und vorläufig die Erteilung der Ausführungsbewilligung für Schulwaren eingeklinkt wird.

Briefkasten der Redaktion.

L. W. Dieser Brief ist zur Zeit fast überfüllt. Wegen genauer Auskunft wenden Sie sich am besten an die landw. Versuchsanstalt Augustenberg bei Turlach.

E. K. in Pflaum, Unterm 31. Mai ds. Jz. ist eine Verordnung erlassen worden, nach welcher Grabversteigerungen verboten sind. Diese Verordnung besteht noch heute zu Recht. Ihre Sache kann dem Landespreiskomitee übertragen werden. Da wir nicht wissen, ob Sie damit einverstanden sind, haben wir vorläufig davon Abstand genommen.

G. R. D. Zu jeder Kündigung von Wohnräumen bedarf der Vermieter der vorherigen Zustimmung des Mietvereinsamtes. Haben Sie die Kündigung von Ihrem Hauseigentümer erhalten, so haben Sie ihn also unverzüglich mitzuteilen, daß Sie die Kündigung nicht annehmen. Der Hauseigentümer muß sich dann an das Mietvereinsamt mit dem Antrage wenden, einer Kündigung stattzugeben. Wegen der anderen Sache wenden Sie sich an das Arbeiterreferat in Karlsruhe, Wilhelmstr. 47. Sprechstunden von 1/2—1 Uhr und von 4—6 Uhr abends. Mittwoch- und Samstagabends ist das Büro geschlossen.

R. H. Die von Ihnen gestellten Fragen lassen sich im Rahmen einer Briefkastentatort nicht beantworten. Wenn Sie sich persönlich nach dem Verbandsbüro der Eisenbahner, Konstantstr. 26, bemühen wollen, können Sie die gewünschten Aufschlüsse erhalten.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kappel; für Briefkasten, Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Touristenverein „Die Naturfreunde“.) Heute abend 8 Uhr im Lokal Photographie. Die Photographen, welche im Besitz von Negationen sind, welche sich zur Herstellung von Diapositiven eignen, werden gebeten, dieselben heute abend in die Photographie mitbringen zu wollen. Dasselbe wird auch Photomaterial zu niedrigen Preisen an die Mitglieder abgegeben. 5925

Karlsruhe. (Gesangverein „Lassalla“.) Heute Donnerstag 8 Uhr Zusammenkunft zur Ehrung eines Mitgliedes in der Restauration zur „Palme“, Leisingstraße. — Morgen Freitag 8 Uhr Singstunde im „Auerhahn“. Dort nähere Bekanntmachung für den Sonntag. 5923 Der Vorstand.

Karlsruhe-Mühlburg. (Gem. Chor „Brudersbund“.) Morgen, Freitag, 29. August, abends punkt 9 Uhr, Singstunde unter neuer Direktion. Erscheinen aller Sängerrinnen und Sängern unbedingt erforderlich. Gaffe und neue Mitglieder stets willkommen. 5912 Der Vorstand.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Mittwoch, den 27. August bis Freitag, den 29. August 1919, in den Verkaufsstellen Nr. 66 bis Nr. 76 einschließlich an die dort eingetragene Kundenschaft gegen die Warenmarke J Nr. 118. Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis M. 1.20 für das Pfund.

Karlsruhe, den 26. August 1919. 5908
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Fleisch-Verteilung.

In der laufenden Woche kommen nicht, wie in der Lebensmittel-Verteilung bekanntgegeben, 100 g Fleisch und 50 g Wurst, sondern

125 g Fleisch und 50 g Wurst zur Verteilung. 5909
Karlsruhe, den 27. August 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kameraden!

Warum so mühsam? Macht Euch auf! Suchet Rat u. Hilfe durch Deutschlands große Kriegerdank-Zeitung „Neue Kraft“, Stuttgart. Sendet sog. Euro Adresse!

Möbelschreiner.

2-3 tüchtige Schreiner sofort gesucht. 5901
Schreinerer Böfinger, Rintheimerstraße 14.

Fleisch. I. Mäbchen

welches I. Hausarbeit mitverdient, kann um günstige Beding. best. Beruf erlernen. Näheres unter Nr. 5911 im Volksfreundbüro.

Zu kaufen gesucht:

Gebrauchte Betten und Sofa, wenn auch defekt. Wunsch, Adlerstraße 36. Postkarte genügt. 5907

Besonders preiswertes Angebot!

- Strickjacken (Faserstoff) 49.50
- Strickjacken (Baumwolle) 65. — u. 85. —
- Strickjacken (Kostsaide) 125. — u. 175. —
- Wollene Kostümröcke 34.50 u. 45. —
- Seidene Kostümröcke 95. — u. 145. —
- Alpaca-Mäntel 95. —
- Gabardine- und Ripsmäntel . 145. — u. 245. —
- Seidene Mäntel (imprägniert) . 175. — u. 275. —
- Wollene Kostüme auf Halbseide 145. — u. 195. —

Die noch vorrätigen weissen und farbigen Wasch-Blusen und Kleider sind zu sehr mässigen Preisen zum Verkauf gestellt

M. Schneider, Inh. H. Mahl
Erbrprinzenstrasse 31 — Ludwigsplatz, 5907

Oel-Fabrik Königsbach

Verarbeitung von Oel-Saaten
Montag bis Donnerstag für Mohn
Freitag und Samstag für Reps.
Gesetzlich vorgeschriebene Mahlscheine sind mitzubringen. 5890

Volks-Schauspiel Oetigheim

bei Rastatt. 5809

„Der Friede, Paradies und Brudermord“.

Aufführung: Jeden Sonntag bis 5. Oktober, ferner am Mittwoch, den 8. September besonderer Werktagsspieltag.
Anfang nachmitt. 1/3 Uhr. Ende 6 Uhr.
Preis der Plätze 1 M 50 bis 5 M.
Vorverkauf in den Vorverkaufsstellen u. Oetigheim: Theaterbüro, Tel. 61, Rastatt.

Zigaretten

100 Stück 10 M., gibt es Nieß, Gräffling, 5899

Sannenzuchtstöcke

Zwei 5 und 6 Monate alte, weiße hornlose Sannenzuchtstöcke unter Garantie für Sprungfähigkeit zu verkaufen bei Theodor Kem, Ruppheim, Hinterstraße 124. 6888

Wegen Platzmangel

sind einige kompl. Betten, mehrere Schränke, Waschkommode mit Marmor, Salontische, Ausziehtisch, K. Büffelt, Küchenchränke, ganze Küchen billig zu verkaufen. Krämer's Möbelhandlung, Kaiserstraße 69, Ecke Waldhornstraße. 5856

Standesbuch-Auszüge

der Stadt Karlsruhe Geburten, Marie Her., B. Jibor Herzog, Straßenbahn-Schaffner, Richard Hof, Vater J. Klein, Leuzer.

Bund der technischen Angestellten u. Beamten.

Heute abend 8 Uhr

findet im „Niederhalla-Saal“ in der Restauration „Lorenzchen“, Kaiser-Passage, eine

Mitglieder-Versammlung

- Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Tarifverhandlungen für das Baugewerbe.
 2. Stellungnahme zum Entwurf des neuesten Betriebsrätegesetzes.
- Referent: Kollege Kiefer.
6. Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen wir um vollzähliges Erscheinen.

Der Vorstand: Kiefer.

Achtung! Handelshilfsarbeiter! Achtung!

Freitag, 29. August, abends punkt 7 1/2 Uhr, findet im Saale der „Alten Brauerei Bischoff“ Ferenstraße 10

Allgemeine Versammlung

für alle im Groß- und Kleinhandel beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Tarif-Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Referent: Kollege Kiefer.

2. Freie Aussprache u. Beschlussfassung.

Siehe zu laden wie sämtliche Handwerker, Bäcker, Metzger, Lagerarbeiter, Geschäftsführer, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ebenso dringend wie möglich ein.

Die Sektionsleitung der Handels-Hilfsarbeiter
J. A. Karl Wendle.
Büro: Wilhelmstraße 47, III, Telefon 3109.

Verband der Maler

Zahlstelle Karlsruhe.

Bezirks-Versammlung

- findet statt:
- Weststadt: Freitag, den 29. Aug., abends 6 Uhr im Bestandgarten, Kaiserallee 25.
 - Städt: Samstag, den 30. Aug., abends 6 Uhr im Auerhahn, Schützenstraße.
 - Mühlburg: Montag, den 1. Sept., abends 6 Uhr zur Stadt Karlsruhe.
 - Mittel- und Oststadt: Dienstag, den 2. Sept. abends 6 Uhr zum Raub, Kaiser, u. Waldhornstr. Ecke.
- Das Erscheinen jedes einzelnen Kollegen ist unbedingt notwendig.

Die Filialverwaltung.

Gottesauer Grezlerplatz
Karlsruhe 5872

Varieté-Schau

Direktion: D. Traber & Sohn
Heute abend 8 1/2 Uhr

Grosse Vorstellung.

In der Nacht vom 21. auf 22. 8. wurden aus einem hiesigen Geschäft

Berserterteppiche

1 seidene Tischdecke

gestohlen. 5908

Wer nähere Mitteilung machen kann, welche zur Erfassung der Stücke und zur Ermittlung des oder der Täter führt, erhält

1000 Mk.

Belohnung.

Vor Ankauf wird gewarnt.

Näheres im Volksfreundbüro.

5903 **Prima Einkochgläser**
alle Größen **billigst**
Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 81.

Wir suchen zum alsbaldigen Eintritt **erfahrenes Kontorfräulein**
Bedingungen: perfekt in Stenographie und Schreibmaschine (System Adler) bei freier, guter Pension.
Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an
Karlebach & Meerapfel, Kohltal
Untergrombach (Baden).

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe.
Jackenkleider in guter Ware . . . Mk. 114⁰⁰ an
Jackenkleider mit Seidenfutter . . . Mk. 140⁰⁰ an

Städtisches Konzerthaus.
Donnerstag, den 28. August 1919. 5915
Hannerl
(Dreimäderlhaus 2. Teil).
Singspiele in drei Akten von Dr. A. M. Willner und H. Reichert. Musik von Franz Schubert, für die Bühne bearbeitet von Professor Karl Laßtö. Anfang 7 1/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Ein Paar weiße **Damen-Schuhe**
Größe 37, zu verkaufen.
Kugartenstr. 27, St. II.

Billiges Porzellan
Verkauf im Lichthof. 5913

Platten, oval, echt Porzellan	48	44	37	32	cm
Sauciers auf Teller mit Henkel, echt Porzellan	5.25	4.95	4.25	2.95	
Platten, rund, 32 cm, echt Porzellan	St.	2.25	u.	1.80	
Salats, viereckig, echt Porzellan	. 24	cm	1.95,	20	cm 1.20

1 Posten **Terrinen** mit Deckel ovale mit Porzellan, Stück **4.25**

Milchgläser, 1/4 Liter 1.95
Kaffeekannen mit Deckel, echt Porzellan, für 6 Personen 3.50
Zuckerboxen, weiss, echt Porzellan Stück 1.45
Tassen mit Untertasse, echt Porzellan 1.45

Geschw. KNOPF

Oberhaardter Riesling-Weine
empfehle ich von **Mk. 6.40**
an per Liter — ohne Steuer.
Hermann Schuler
Weingroßhandlung
Karlsruhe Fernspr. 3304 Wilhelmstr. 4a.

ALA Chemfabrik Frankfurt/M.
bester **Schuh-putz**
Zentralbüro: Bockenheimer Ldsr. 13
Tel. Iannus 1761/52, Hansa 7973.

Sanarino
ist Ihnen geföhert trotz der **Getränknot**, wenn Sie zur Bereitung von **Sanarino** Dr. Schweiger's **Kunststofftrank** verwenden. Dieses alkoholfreie Getränk ist einfach mit Zucker im Rostfach angelegt vergärt rasch zu einem alkoholfreien Getränk, das wie guter **Obstmost** schmeckt u. an **Güte u. Reinlichkeit** unübertroffen ist. 150 L. 100 L. 75 L. 50 L. 10. — 7.50 6.20 5. —
Wer keinen Zucker zur Verfügung hat, nehme **„Sanarino“** mit künstlichem Süßstoff zur Herstellung eines alkoholfreien obstmost-ähnlichen Getränkes. 150 L. 100 L. 75 L. 50 L. 12. — 9. — 7.50 5.80 in Kolonialwaren- und Konsum-Geschäften.
Nährmittelwerk Dr. Schweiger, Göttingen

Selbstangefertigte Kinderhöschen
mit und ohne Leibchen, nur aus Friedensstoffen, gefertigt billig
Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52, Tel. 8747.

Küfer
suchen zum sofortigen Eintritt 5773
Heinrich Baer & Söhne
Dampf-Branntwein-Brennerei.

Bergebung
von **Installations-, Schlosser- und Anstreicherarbeiten.**
Obgenannte Arbeiten zu den Wohnhäusern für die Gemein. Baugenossenschaft Grödingen e. G. m. b. H. sollen im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Angebote sind portofrei, verpackt mit entsprechender Aufschrift versehen und unterzeichnet spätestens am **Dienstag, den 2. September, vor-mittags 11 Uhr** hierher einzuliefern. Zeichnungen und Bedingungen können während der Geschäftsstunden beim Ortsbauamt eingesehen werden, wo auch die Angebotsformulare gegen Entloftung der Vervielfältigungs-kosten in Empfang genommen werden können.
Grödingen, den 28. August 1919.
Die Bankleitung: Rimmer.

Verein für Bewegungsspiele e. V. Karlsruhe.
Spielplatz mit Klubhaus gegenüber der Telegrafenkaserne.
Freitag, den 29. Aug., abends 6 Uhr
Ballspielklub Pforzheim
gegen **D. f. B.**

Danksagung.
Allen Gratulanten zu unserer am 25. August stattgefundenen silbernen Hochzeit sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir d. Arbeiter-Gesangsverein Freiheit und seinem tüchtigen Dirigenten Herrn Fassel für den schönen Gesang und das prakt. schöne Geschenk, welches uns der Verein durch den Sängervorstand Herrn Huber überreichen liess. Nochmals herzl. Dank.
Max Gräber.
Katharina Gräber.

Zu verkaufen
etwa 500 Stück neue **Garten- Klappstühle.**
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.
Fahrrad-Bereifung
Laufdecken
Deutsches Fabrikat zu 60.
Ausland. 80.
per Stück
Luftschläuche
Deutsches Fabrikat zu 40.
Ausland. 55.
per Stück 5720
sodort lieferbar, groß. Lager
Fahrradhaus Peter Eberhardt
Karlsruhe, Amalienstr. 57.
Größeres **Lagerraum**
womöglich mit Geseise-
Anschluss per sofort zu
mieten gesucht.
Angebote an 5921
R. L. Stern & Sohn,
Karlsruhe.

Stärke
Wäsche
besorgt bei acht tägiger
Lieferzeit
Dampfwalchanfall
Schotter
Annahme-Stellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5.
Kaiserstrasse 34 u. 243.
Gerwigstrasse 46.
Amalienstrasse 15.
Waldstrasse 64.
Wilhelmstrasse 32.
Augustastrasse 13.
Schillerstrasse 18.
Kaiseralle 37.
Gabelsbergerstrasse 1.
Rheinstrasse 18.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Der
Die
Demonst
lofen, in
bau der
Ueberall
deutschen
erfüllen
ausgezeich
bei Drige
einigen hi
gehende
lofen die
nehmen,
diktatur
letztlich
Auch
lendenat
sozial-pat
hätte den
höchsten
reich die
eingeführ
Anweilun
schließlich
zu gute
Proletar
auf des
Freilich
nicht me
samt lan
Die
der Arbe
terer Bol
Arbeiter
wirklich
A b h n
Ob es
bei Woll
mer dur
starke B
jante M
alles an
Denn sel
beit dur
Man em
Gondels
daß diese
ponz un
gung h
Demagog
Frankrei
lohnende
dungen
Bourgeois
Standpu
und Ang
nur Arbe
nicht st
werden, n
ist es sic
lige Ver
früher ich
gefunden
tung Sch
bandes er
teressen d
bau in d
Abfichten
tion bei d
Berdaat
bringen u
gierung u
Veramm
berber.
Die A
geheuer o
Bietet, ni
pende Ar
Andrich
die Regier
mutwillig
Aber Arbe
gleich eine
Forenplid
don ignen